

## **Lesefassung der Hauptsatzung der Stadt Parchim vom 15.10.2019 in der Fassung der ersten Änderung vom 15.12.2021**

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S.777) wird nach Beschluss der Stadtvertretung vom 15.12.2021 und nach Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung der Stadt Parchim in der Fassung der ersten Änderung erlassen:

### **§ 1**

#### **Name/Wappen/Flagge/Dienstsiegel**

- (1) Die Stadt Parchim führt ein Wappen, eine Flagge und ein Dienstsiegel.
- (2) Das Wappen der Stadt zeigt in einem roten Schild einen hersehenden schwarzen Stierkopf mit schwarzen Hörnern, um die je drei goldene Binden geschlungen sind, und eine goldene Krone, die fünf, abwechselnd mit Lilien und Perlen besteckte Zinken zeigt; zwischen den Hörnern, aus dem Stierkopf aufwachsend, die vierendigen Stangen eines goldenen Hirschgeweihs. Der Stierkopf ist beseitet: in Höhe des Kronenreifs von zwei sechsstrahligen goldenen Sternen, darunter von zwei, mit den Blättern schräg nach außen gekehrten grünen Kleestängeln.
- (3) Die Flagge der Stadt ist gleichmäßig längsgestreift von Schwarz, Rot und Grün. Die Länge des Flaggentuches verhält sich zur Höhe wie 5 zu 3. Die Ausgestaltung der Flagge für besondere Zwecke bleibt vorbehalten.
- (4) Das Dienstsiegel zeigt das Stadtwappen und die Umschrift "Stadt Parchim".
- (5) Die Verwendung des Wappens und des Namens "Stadt Parchim" durch Dritte, sofern sie nicht als allgemeine Ortsangabe oder als Firmenzusatz verwendet werden soll, bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters. Die Genehmigung ist auf schriftlichen Antrag zu erteilen, sofern nicht Namensmissbrauch zu befürchten ist.

### **§ 2**

#### **Rechte der Einwohner**

- (1) Der Bürgermeister beruft mindestens einmal im Jahr eine Versammlung der Einwohner der Stadt ein. Diese kann in Teilversammlungen durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten sollen der Stadtvertretung in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.
- (3) Die Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung der Stadtvertretung Fragen an alle Mitglieder der Stadtvertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Sofern die Fragen nicht in der Fragestunde beantwortet werden können, sind sie innerhalb von 4 Wochen schriftlich zu beantworten. Die Fragen, Vorschläge und Anregungen dürfen sich dabei nicht auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Stadtvertretung beziehen.
- (4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung über wichtige Angelegenheiten der Stadt zu berichten.

### **§ 3 Stadtvertretung**

- (1) Die in die Stadtvertretung gewählten Bürger führen die Bezeichnung Stadtvertreter.
- (2) Der Vorsitzende der Stadtvertretung führt die Bezeichnung Stadtpräsident.
- (3) Die Stadtvertretung wählt aus ihrer Mitte einen ersten und einen zweiten Stellvertreter des Stadtpräsidenten.
- (4) Die Stellvertreter des Stadtpräsidenten werden durch Mehrheitswahl gewählt.

### **§ 4 Sitzungen der Stadtvertretung**

- (1) Die Sitzungen der Stadtvertretung sind öffentlich.
- (2) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
  1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen
  2. Steuer- und Abgabenangelegenheiten Einzelner
  3. Grundstücksangelegenheiten
  4. Vergabe von Aufträgen
  5. Rechnungsprüfungsangelegenheiten außer dem Abschlussbericht.

Die Stadtvertretung kann im Einzelfall, sofern rechtliche Gründe nicht entgegenstehen, Angelegenheiten der Ziffern 1 - 4 in öffentlicher Sitzung behandeln. In nicht aufgeführten Fällen ist die Öffentlichkeit durch Beschluss auszuschießen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

- (3) Während der Sitzung der Stadtvertretung können mündliche Anfragen von Stadtvertretern an den Bürgermeister gestellt werden. Sofern diese nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden können, sollen diese spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden. Ausgeschlossen von mündlichen Anfragen sind solche Anfragen, die lediglich prognostische Erwartungen abverlangen. Schriftliche Anfragen von Stadtvertretern an den Bürgermeister sollen innerhalb von 14 Tagen beantwortet werden.
- (4) Die Entscheidung, ob schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter oder zu schützende Interessen des Landes oder des Bundes bezüglich der Akteneinsichtnahme durch Stadtvertreter gemäß § 34 Abs. 4 KV M-V betroffen sind, trifft die Stadtvertretung nach Anhörung des Bürgermeisters.

### **§ 5 Aufgabenverteilung/Hauptausschuss**

- (1) Dem Hauptausschuss gehören neben dem Bürgermeister sechs Stadtvertreter an. Die Stadtvertretung wählt neben diesen „sechs“ weitere „sechs“ Stadtvertreter als stellvertretende Hauptausschussmitglieder. Die stellvertretenden Ausschussmitglieder der jeweiligen Fraktion sind berechnigt, sich gegenseitig zu vertreten.

- (2) Außer den ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen dem Hauptausschuss alle Entscheidungen, die nicht nach § 22 KV M-V der Stadtvertretung vorbehalten sind bzw. durch die folgenden Vorschriften dem Bürgermeister übertragen werden. Davon unberührt bleiben die dem Bürgermeister gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Geschäfte der laufenden Verwaltung.
- (3) 1. Über die Genehmigung von Verträgen der Stadt Parchim mit Mitgliedern der Stadtvertretung und der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und leitenden Mitarbeitern der Stadt Parchim, die auf eine einmalige Leistung gerichtet sind, trifft der Hauptausschuss die Entscheidung innerhalb einer Wertgrenze von 2.500,00 Euro bis 5.000,00 Euro pro Monat. Dieses gilt auch für Verträge der Stadt Parchim mit juristischen Personen des Privatrechts, deren gesetzliche Vertreter Mitglied der Stadtvertretung oder deren Ausschüsse sind. Verträge, die Geschäfte des täglichen Lebens betreffen, wie z.B. der Verkauf von Eintrittskarten oder Tagesimbissen, bis zu einer Wertgrenze von 250,00 Euro sind genehmigungsfrei.
2. Bei über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und den entsprechenden Auszahlungen sowie bei investiven Auszahlungen trifft der Hauptausschuss Entscheidungen innerhalb einer Wertgrenze von 10.000,00 Euro bis 75.000,00 Euro.
3. Der Hauptausschuss trifft Entscheidungen:
- bei der entgeltlichen Verfügung über Stadtvermögen, insbesondere bei der Veräußerung von Grundstücken, innerhalb einer Wertgrenze von 25.000,00 Euro bis 75.000,00 Euro und bei der Verpachtung von stadteigenen bebauten und unbebauten Grundstücken mit einer Mindestlaufzeit von 3 Jahren innerhalb einer Wertgrenze von 25.000,00 Euro bis 50.000,00 Euro, mit Ausnahme von Holzvermögen der Stadforst innerhalb einer Wertgrenze von 75.000,00 Euro bis 100.000,00 Euro
  - bei der Belastung von Grundstücken im Wege der Vorwegbelastung im Verkaufsfall innerhalb einer Wertgrenze, die bei bebaubaren Grundstücken das Fünffache des Verkaufspreises, bei bebauten Grundstücken das Dreifache des Verkaufspreises ausmacht und bei nicht bebaubaren Grundstücken der Höhe des Kaufpreises entspricht
  - bei der unentgeltlichen Verfügung über Stadtvermögen sowie bei Schenkungen, außer die unentgeltliche Veräußerung von Grundstücken, innerhalb einer Wertgrenze von 25.000,00 Euro bis 50.000,00 Euro
  - bei Hingabe von Darlehen mit Ausnahme bei der Städtebauförderung, die innerhalb eines Haushaltsjahres zurückgezahlt werden, bis zu 100.000,00 Euro
  - bei Aufnahme von Krediten im Rahmen des Haushaltsplans innerhalb einer Wertgrenze von 1 Mio. Euro bis 2,5 Mio. Euro
  - über Stundungen von Ansprüchen innerhalb einer Wertgrenze von 80.000,00 Euro bis 100.000,00 Euro, den Erlass von Ansprüchen innerhalb einer Wertgrenze von 5.000,00 Euro bis 10.000,00 Euro
  - über den Abschluss von Vergleichen, sofern die ursprüngliche Forderung der Stadt gegenüber dem Dritten um mehr als 5.000,00 Euro, jedoch weniger als 10.000,00 Euro verringert wird. Für Vergleiche, die vor einem Gericht zur Beendigung des Rechtsstreites abgeschlossen werden, betragen die Wertgrenzen 25.000,00 Euro bis 50.000,00 Euro.
4. Bei Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen, Bestellung sonstiger Sicherheiten für Dritte sowie wirtschaftlich gleich zu achtende Rechtsgeschäfte entscheidet der Hauptausschuss, soweit nicht bereits vorstehend geregelt innerhalb einer Wertgrenze von 5.000,00 Euro bis 25.000,00 Euro.

5. Unter Beachtung der Festlegungen in der Anlagenrichtlinie über das Kapitalvermögen trifft der Hauptausschuss Entscheidungen über die Anlage liquider Mittel der Stadt Parchim innerhalb einer Wertgrenze von 250.000,00 Euro bis 5.000.000,00 Euro.
- (4) Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms trifft der Hauptausschuss bei der Vergabe von Fördermitteln in Form von Zuschüssen und Darlehensgewährung bei privaten Bauvorhaben Entscheidungen ab einem Wert von 100.000,00 Euro.
- (5) Der Hauptausschuss entscheidet über die Vergabe von Aufträgen nach UVgO ab einem Wert von 50.000,00 Euro und nach VOB ab einem Wert von 250.000,00 Euro sowie über die Vergabe von Jagdbegehungsscheinen.
- (6) Der Hauptausschuss entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 44 Abs. 4 KV M-V innerhalb einer Wertgrenze vom 100,00 bis 500,00 Euro.
- (7) Der Hauptausschuss entscheidet über die Vergabe von Aufträgen für freiberufliche Leistungen bei einer zu erwartenden Honorarleistung ab einem Wert von 50.000,00 Euro sowie bei der Auswahl der Prozessanwälte in Rechtsstreitigkeiten, deren Streitwert 15 Mio. Euro übersteigt.
- (8) Der Hauptausschuss entscheidet in Personalangelegenheiten. Dazu gehören die Ernennung, Beförderung und Entlassung von Beamten ab Besoldungsgruppe A10. Bei Beschäftigten ab der Entgeltgruppe E 11 TVöD entscheidet der Hauptausschuss über die Einstellung, Höhergruppierung (außer sie sind tariflich gebunden) und Kündigung.
- (9) Die Stadtvertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne der Abs. 1 bis 7 zu unterrichten.
- (10) Die Sitzungen des Hauptausschusses sind öffentlich.

## § 6 Ausschüsse

- (1) Die Ausschüsse der Stadtvertretung setzen sich, soweit nichts anderes bestimmt ist, aus der in Absatz 2 festgelegten Anzahl von Stadtvertretern und sachkundigen Einwohnern zusammen. Die Besetzung der Ausschüsse erfolgt nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren.
- (2) Folgende beratende Ausschüsse werden gemäß § 36 KV M-V gebildet:

Name	Anzahl der Stadtvertreter (mindestens)	Anzahl sachkundiger Einwohner (höchstens)	Anzahl der Mitglieder insgesamt	Aufgabengebiet
Finanzausschuss	4	3	7	Finanz- und Haushaltswesen, Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Abgaben
Stadtentwicklungsausschuss	6	4	10	Bauleitplanung, Hoch-, Tief- und Straßenbauangelegenheiten, Stadtsanierung, Friedhöfe, Grünflächen, Stadtforst, Natur- und Umweltschutz
Wirtschaftsausschuss	4	3	7	Wirtschaftsförderung, Tourismus, Stadtmarketing, Ordnung und Sicherheit, Feuerwehr, Verkehrsangelegenheiten, Märkte
Kultur- und Sozialausschuss	6	4	10	Betreuung der Schul- und Kultureinrichtungen, Kulturförderung und Sportentwicklung, Jugendförderung, Familienpolitik, Soziales

- (3) Die Sitzungen der Ausschüsse nach Abs. 2 sind öffentlich. § 4 Abs. 2 gilt entsprechend.
- (4) Gemäß § 36 Abs. 2 Satz 5 KV M-V wird ein Rechnungsprüfungsausschuss gebildet. Dieser setzt sich zusammen aus drei Stadtvertretern. Er tagt nicht öffentlich.
- (5) Gemäß § 7 Eigenbetriebsverordnung M-V (EigVO) wird ein Betriebsausschuss als beschließender Ausschuss gebildet. Dieser führt die Bezeichnung Betriebskommission und tagt nicht öffentlich. Die Betriebskommission besteht aus sieben Stadtvertretern die von der Stadtvertretung für die Dauer der Wahlperiode der Stadtvertretung zu wählen sind. Die Mitglieder der Betriebskommission wählen einen Vorsitzenden und 2 Stellvertreter.
- (6) Die Stadtvertretung wählt für die Mitglieder der Ausschüsse persönliche Stellvertreter. Die persönlichen Stellvertreter nehmen die Aufgaben des Ausschussmitgliedes im Falle der Verhinderung wahr.
- (7) Aufgrund besonderer Situationen können durch Stadtvertreterbeschluss zeitweilige Ausschüsse gebildet werden, deren Aufgabe die Lösung aktueller Probleme ist. Mit dem Beschluss über die Bildung des zeitweiligen Ausschusses ist die Entscheidung zu treffen über die Anzahl der Mitglieder des zeitweiligen Ausschusses und die Frage, ob seine Sitzungen öffentlich oder nicht öffentlich sind. Im Übrigen gelten die Regeln für die dauerhaften Ausschüsse gemäß den vorstehenden Vorschriften entsprechend.

#### **§ 6a Beiräte**

Die Stadtvertretung kann zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Unterstützung ihrer Arbeit Beiräte berufen.

Vertreter der Beiräte können i. S. des § 17 Abs. 2 KV M-V als Sachverständige bzw. betroffene Einwohner im öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtvertretung/der Ausschüsse nach Beschlussfassung zum Rederecht angehört werden.

Die Beiräte berichten der Stadtvertretung über ihre Aktivitäten.

#### **§ 7 Bürgermeister**

- (1) Der Bürgermeister wird für sieben Jahre gewählt. Der Bürgermeister wird in die nach den landesrechtlichen Vorschriften höchstzulässige Besoldungsgruppe eingestuft. Der Bürgermeister erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der Kommunalbesoldungsverordnung.
- (2) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der Wertgrenzen des § 5 Abs. 3, 4, 5 u. 6. In-sichgeschäfte sind davon ausgenommen.
- (3) Erklärungen der Stadt i. S. d. § 38 Abs. 6 KV M-V bis zu einer Wertgrenze von 50.000,00 Euro bzw. von 7.500,00 Euro pro Jahr bei wiederkehrenden Verpflichtungen können vom Bürgermeister allein oder durch einen von ihm beauftragten Bediensteten in einfacher Schriftform ausgefertigt werden.
- (4) Der Bürgermeister entscheidet über die Ernennung, Beförderung und Entlassung von Beamten des einfachen und mittleren Dienstes. Bei Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe E 10 TVöD entscheidet er über die Einstellung, Höhergruppierung (außer sie sind tariflich gebunden) und Entlassung.

(5) Der Bürgermeister entscheidet über:

1. das Einvernehmen zu Ausnahmen bei Vorhaben im Bereich einer Veränderungssperre, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen (§14 Abs. 2 BauGB),
2. Anträge auf Zurückstellung von Baugesuchen sowie vorläufiger Untersagungen (§15 BauGB),
3. das Einvernehmen über die Zulässigkeit von Vorhaben
  - bei Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes, die in den Bebauungsplan nach Art und Umfang ausdrücklich vorgesehen sind (§ 31 BauGB),
  - während der Planaufstellung (§ 33 BauGB),
  - innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§34 BauGB),
  - im Außenbereich (§ 35 BauGB)
4. die sanierungsrechtliche Genehmigung nach § 144 Abs. 1 und 2 BauGB in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten.

### **§ 8 Stellvertreter des Bürgermeisters**

- (1) Die Stellvertreter des Bürgermeisters führen die Bezeichnung Stadtrat.
- (2) Der erste Stellvertreter erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 280,00 Euro pro Monat. Der zweite Stellvertreter erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 280,00 Euro pro Monat

### **§ 9 Gleichstellungsbeauftragte**

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte ist hauptamtlich tätig. Sie wird durch die Stadtvertretung bestellt. Die Gleichstellungsbeauftragte unterliegt mit Ausnahme der Regelung im § 41 Abs. 5 KV M-V der Dienstaufsicht des Bürgermeisters.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte hat die Aufgabe, zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen, Männern und Diverse in der Stadt beizutragen.

Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

1. die Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkungen für die Gleichstellung von Frau, Mann und Divers
2. Initiativen zur Verbesserung der Situation der Frauen und Diverse in der Stadt
3. die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden, um Belange der Gleichstellung wahrzunehmen
4. ein jährlicher Bericht über ihre Tätigkeit.

- (3) Der Bürgermeister hat die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen ihres Aufgabenbereiches an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass deren Initiativen, Vorschläge, Bedenken und sonstigen Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie Auskünfte zu erteilen.

## **§ 10 Entschädigungsordnung**

- (1) Der Stadtpräsident erhält monatlich eine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 480,00 Euro. Fraktionsvorsitzende erhalten monatlich eine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 220,00 Euro.
- (2) Die Stellvertreter des Stadtpräsidenten und die Stellvertreter der Fraktionsvorsitzenden erhalten für ihre besondere Tätigkeit bei Verhinderung des Stadtpräsidenten bzw. der Fraktionsvorsitzenden für die Dauer der Vertretung Aufwandsentschädigungen gemäß Abs. 1, jedoch nicht für tageweise Vertretung. Dafür erhalten sie für jeden Tag 1/30stel der monatlichen Aufwandsentschädigung. Zusätzlich zur Aufwandsentschädigung wird kein Sitzungsgeld bezahlt.
- (3) Die sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung (Sitzungsgeld) beträgt 40,00 Euro.
- (4) Die Stadtvertreter erhalten, sofern sie keine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung von der Stadt Parchim empfangen, zusätzlich zum Sitzungsgeld nach Abs. 3 monatlich einen Sockelbetrag in Höhe von 100,00 Euro.
- (5) Ausschussvorsitzende erhalten für jede von ihnen geleitete Sitzung Sitzungsgeld in Höhe des eineinhalbfachen Sitzungsgeldes nach Abs. 3.
- (6) Die Fraktionsvorsitzenden erhalten außer für die Teilnahme an Fraktionssitzungen Sitzungsgeld nach Abs. 3.
- (7) Sachkundige Einwohner erhalten bei der Teilnahme an Fraktionssitzungen Sitzungsgeld nach Abs. 3.
- (8) Die Höchstzahl der Sitzungen der Fraktionen, für die ein Sitzungsgeld zu zahlen ist, wird auf jährlich 12 beschränkt. Die Höchstzahl der Sitzungen der Ausschüsse, für die ein Sitzungsgeld zu zahlen ist, wird auf jährlich 24 beschränkt.
- (9) Die von der Stadt entsandten Aufsichtsratsmitglieder sind verpflichtet, an die Stadt denjenigen Anteil der Vergütung, des Sitzungsgeldes und der Aufwandsentschädigung aus ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied abzuführen, der den jährlichen Höchstbetrag von 5.500,00 Euro übersteigt. Satz 1 gilt nicht, sofern die nachweislichen Auslagen des jeweiligen Mitglieds den tatsächlich erlangten Betrag übersteigen. Für das Abrechnungsverfahren gelten die Vorschriften der Landesverordnung über die Nebentätigkeit der Beamten (Nebentätigkeitslandesverordnung – NLVO M-V) entsprechend, mit der Maßgabe, dass Abrechnungen nur auf Anforderung zu liefern sind.

## **§ 11 Öffentliche Bekanntmachungen**

- (1) Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Parchim, die durch Rechtsvorschriften vorgegeben sind - soweit es sich nicht um solche nach dem Baugesetzbuch (BauGB) - handelt, werden im Internet, zu erreichen über die Homepage der Stadt Parchim unter [www.parchim.de](http://www.parchim.de) über den Button „Ortsrecht/Bekanntmachungen“ öffentlich bekannt gemacht.

- (2) Unter der Bezugsadresse Rathaus, Schuhmarkt 1, 19370 Parchim, kann sich jedermann Satzungen der Stadt Parchim kostenpflichtig zusenden lassen. Textfassungen von allen Satzungen der Stadt Parchim werden unter obiger Adresse bereitgehalten.
- (3) Die Bekanntmachung und Verkündung ist mit Ablauf des 1. Tages bewirkt, an dem die Bekanntmachung in der Form nach Satz 1 im Internet verfügbar ist.
- (4) Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen aufgrund von Vorschriften des BauGB werden durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungs- und Informationsblatt der Stadt Parchim "Uns Pütt" bekannt gemacht. Das amtliche Bekanntmachungsblatt erscheint monatlich und wird kostenlos an alle erreichbaren Haushalte verteilt. Daneben ist es einzeln oder im Abonnement bei der Stadt Parchim, Schuhmarkt 1, 19370 Parchim kostenpflichtig zu beziehen.
- (5) Die Bekanntmachung ist jeweils mit dem Ablauf des Tages bewirkt, an dem das amtliche Bekanntmachungs- und Informationsblatt den Bekanntmachungstext veröffentlicht hat.
- (6) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist im Internet wie im Absatz 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (7) Vereinfachte Bekanntmachungen, wie öffentliche Zustellung gem. §§ 185 ZPO, 122 AO, 108 VwVfG M-V und Aushänge auf Ersuchen anderer Behörden erfolgen durch Aushang an der Bekanntmachungstafel bzw. durch Auslegung im Rathaus. Die Bekanntmachungstafel befindet sich im Rathaus, Schuhmarkt 1, 19370 Parchim. Die Dauer des Aushangs beträgt 14 Tage, soweit keine andere gesetzliche Regelung besteht.
- (8) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in Form des Absatzes 1 oder 4 infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist diese durch Aushang vor dem Rathaus, Schuhmarkt 1 (Stadtchronik) zu veröffentlichen. Die Aushangfrist beträgt 14 Tage. In diesen Fällen ist die Bekanntmachung in der Form nach Absatz 1 unverzüglich nachzuholen, sofern sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

## **§ 12 Ortsteile**

Ortsteile der Stadt Parchim sind Dargelütz, Kiekindemark, Neuhof, Neuklockow, Slate, Damm, Malchow, Möderitz und Neu Matzlow.

## **§ 12a Ortsvorsteher**

- (1) Für die Ortsteile Damm, Malchow, Möderitz und Neu Matzlow wird ein gemeinsamer Ortsvorsteher von der gemeinsamen Einwohnerversammlung der oben genannten Ortsteile gewählt. Der Ortsvorsteher berät die Stadtvertretung und den Bürgermeister in allen für die Ortsteile wichtigen Angelegenheiten. Er/Sie wird zu allen Maßnahmen von öffentlichem Interesse zur Stellungnahme aufgefordert.
- (2) Der Ortsvorsteher hat insbesondere folgende Aufgaben:
  1. die Rechte der Ortsteile aus dem Gebietsänderungsvertrag zu wahren;
  2. sich mit Wünschen, Anregungen und Beschwerden der Einwohner zu befassen;



3. die in den Ortsteilen tätigen Institutionen, Vereine, Initiativen, Parteien und sonstigen demokratischen Vereinigungen im Sinne eines Interessenausgleichs anzuhören.

- (3) Der Ortsvorsteher kann Einwohnerversammlungen für die Ortsteile einberufen.
- (4) Dem Ortsvorsteher wird ein Budget im Sinne von § 46 Abs. 7 KV M-V mit dem Gebietsänderungsvertrag zur Verfügung gestellt.
- (5) Der Ortsvorsteher erhält eine monatliche pauschalierte Aufwandsentschädigung in Höhe von 180,00 Euro.
- (6) Für den Ortsvorsteher wird ein Stellvertreter auf Vorschlag der Einwohnerversammlung von der Stadtvertretung bestellt.
- (7) Der Stellvertreter des Ortsvorstehers erhält für seine besondere Tätigkeit bei Verhinderung des Ortsvorstehers für die Dauer der Vertretung eine Aufwandsentschädigung gemäß Absatz 5, jedoch nicht für tageweise Vertretung. Der Stellvertreter erhält für jeden Tag 1/30stel der monatlichen Aufwandsentschädigung.

### **§ 13 Sprachformen**

Soweit in dieser Satzung Bezeichnungen, die für Frauen und Männer gelten, in der männlichen Sprachform verwendet werden, gelten diese Bezeichnungen für Frauen in der weiblichen Sprachform.

### **§ 14 Inkrafttreten**

gez. Flörke  
Bürgermeister